

Mainz, 23.01.2014

**Anfrage 0309/2010 zur Sitzung am 10.02.2010**

**Wachstumsbeschleunigungsgesetz trifft die Kommunen (GRÜNE)**

Die Kommunen sind von der Wirtschaftskrise in der Relation stärker betroffen als Bund und Länder: 2009 sinken die Steuereinnahmen von Städten und Gemeinden im Schnitt um 10 Prozent. Und auch noch für das Jahr 2010 ist ein weiteres Minus von 4 Prozent prognostiziert. Mit dem nun von der neuen Bundesregierung beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz kommen weitere Belastungen auf Mainz zu.

Wir fragen an:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Entwicklung der Finanzlage von Mainz in den nächsten fünf Jahren?
2. Mit welchen Mindereinnahmen rechnet der die Verwaltung in Folge der von der großen Koalition in 2009 beschlossenen Steuererleichterungen nach Maßgabe des Konjunkturpaketes I, Konjunkturpaketes II und des Bürgerentlastungsgesetzes?
3. Mit welchen Mindereinnahmen rechnet die Verwaltung aufgrund der Steuererleichterungen nach Maßgabe des von der neuen Bundesregierung beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes differenziert nach Einkommenssteueranteilen, Umsatzsteueranteilen und Gewerbesteuer?
4. Mit welchen Auswirkungen auf die Steuereinnahmen rechnet die Verwaltung, wenn die im Koalitionsvertrag von CDU und FDP versprochenen weiteren Steuererleichterungen in einem Umfang von 20 Mrd. Euro (volle Jahreswirkung) umgesetzt werden?
5. Welche Auswirkungen werden die steuerlichen Mindereinnahmen auf die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für Mainz haben?
6. Wie beurteilt die Verwaltung die Pläne im Bundestag, die Gewerbesteuer durch Umsatzsteueranteile und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körper-

schaftssteuer zu ersetzen und ein örtliches Hebesatzrecht auf die Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer einzuführen?

7. Wie beurteilt die Verwaltung die im Koalitionsvertrag von FDP und Union vereinbarte Gleichstellung von privaten und kommunalen Anbietern in der Abfallwirtschaft und der Abwasserbeseitigung?
8. Welche finanziellen Auswirkungen hätte eine Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung kommunaler Anbieter in der Abfallwirtschaft und für Abwasser?

gez.: Tabea Rößner  
(Stellv. Fraktionsprecherin)